

Eröffnung zum DGB Kieler-Woche-Gespräch

19. Juni 2018

Frank Hornschu
Vorsitzender DGB Kiel Region

-es gilt das gesprochene Wort-

Anrede,

...

.../...

lasst mich zu Beginn unserer Veranstaltung ein paar einleitende Worte zum Thema des heutigen Kieler-Woche-Gesprächs **Digitale Transformation in der Arbeitswelt** ausführen:

Die Digitalisierung trifft alle Menschen, aller Bürger*innen und alle Beschäftigten. Sie kommt mit einer unglaublichen Wucht und ist derzeit recht unterschiedlich intensiv. Sie verändert unsere Welt zusehends und damit auch uns Menschen. Uns Gewerkschaften geht es um die Nutzung der Chancen. Wir wollen den Prozess des Wandels mitgestalten. Und zugleich die Ordnungs- und Schutzfunktion nicht unwirksam werden lassen.

Für uns, als Stimme der Arbeit, gilt: die Risiken, die mit dem technologischen Wandel verbunden sind, zu erkennen und zu minimieren. Denn es geht um nichts Geringeres als um die Freiheit, um die Demokratie, um das Recht, um die konkrete Einflussnahme und um Mitbestimmung. Und zwar in der Arbeitswelt als auch im Zusammenleben. Aktueller könnten wir kaum sein – die Zeit ist reif.

Das Stichwort, welches ich hier und jetzt ansprechen möchte, zu welchem ich hier und jetzt sensibilisieren möchte, lautet: **smart City**. In diesem Kontext geht es den Gewerkschaften um die Stabilisierung und Sicherung des Gemeinwohls und der Daseinsvorsorge. Gerade in diesem Sinne ist die digitale Transformation, propagiert von Unternehmen und Politik, keine Trivialität. Denn die Debatten über die digitale Gesellschaft, über die digital-vernetzte Stadt laufen derzeit noch ohne hinreichende Beteiligung der Bürger*innen und Beschäftigten.

Die digitale Technologie kann private wie öffentliche Dienstleistungen unterstützen und besser machen. Doch die Diskussion, wie der digitale Ausbau aussehen soll, wird vor allem von denjenigen geprägt, die finanziell von einer Digitalisierung der Infrastruktur profitieren. Plattformen, soziale Netzwerke, Suchmaschinen und Clouddienste privater Anbieter sind offenbar zum unverrückbaren Fundament unserer digitalen Welt geworden. Die Datenkonzerne machen Milliardenprofite mit den Daten der Nutzer*innen. In der Verantwortung für öffentliche Belange sehen sie sich nicht.

Der digitale Kapitalismus braucht deshalb dringend eine neue, eine gemeinwohlorientierte Ausrichtung. Technik und Software, die von Millionen von Menschen weltweit genutzt wird, müssen dem Gemeinwohl dienen. Dies gilt neben Plattformen und Netzwerken vor allem beim Ausbau der öffentlichen Infrastruktur.

Viele Politiker*innen feiern die digitalen Vorzüge von Smart Cities. Die Vision hinter diesem Trendthema: Von der Müllabfuhr über unterschiedliche manipulierende Leitsysteme und Apps bis zur autonomen Mobilität und fremdbestimmten Erfassungsverfahren wird in der smarten Stadt alles miteinander vernetzt. Die Unternehmen, die die entsprechenden Technologien bereitstellen, wittern ihre Chance auf riesige Gewinne beim Ausbau in den Städten und Gemeinden.

Microsoft-Gründer **Bill Gates** hat zum Beispiel angekündigt, gleich eine ganze Stadt, eine „Smart City“ in der Wüste von Arizona zu errichten. Dort sollen „digitale High-Speed-Netzwerke“ die Dinge des alltäglichen Lebens zentral steuern – Stadtreinigung, öffentlichen Nahverkehr, Verkehrsleitsysteme und Co. Wir müssen uns vor **Quasi-Privatisierungen** in Acht nehmen. In Toronto (Kanada) ist gerade die Gestaltung eines ganzen Stadtviertels an die Google-Tochter „Sidewalk Labs“ übertragen worden. Angesichts der ungeheuren Finanzkraft, müssen wir uns vor der Möglichkeit eines Ausverkaufs schützen.

Aber auch andere Szenarien sind durchaus höchst bedenklich. So hat die chinesische Regierung für die gesamte Bevölkerung ein System von **Social Scoring** eingeführt. Dort soll jeder Bürger bis 2020 in einem elektronischen Verzeichnis erfasst sein, per Punktesystem wird sein Sozialverhalten eingestuft. Das sogenannte **Social Credit System** führt die Bewertung vieler Aspekte des alltäglichen Lebens zusammen. Punkte, die dann über das Zustandekommen oder Nichtzustandekommen von Mietverträgen entscheiden können, von Krediten, Krankenversicherungen und Arbeitsverhältnissen. Ein solches Leben nach Scoring Punkten ist das Ende der Freiheit.

Uns sollte das eine Warnung sein, denn auch ein deutsches „**personalisiertes Bürgerkonto**“, das jetzt in Arbeit ist, kann schnell vom „Konto“ zu einer „Bürger-Akte“ werden. Oder das **Online-Zugangsgesetz** des Bundes vom Sommer 2017, es schreibt dem öffentlichen Dienst Programm vor und der Bundesrat hat sich in diesem Punkt selbst ausgeschaltet. Das fördert nicht unsere Demokratie, sondern untergräbt sie.

Es gilt, wachsam zu sein, zu bleiben und in jedem Fall strukturell einzugreifen!

Aus diesem Grund brauchen wir dringend eine Vision über unser zukünftiges Gemeinwesens, über unser Zusammenleben, die nicht allein auf den Interessen der Anbieter technischer Produkte und Verfahren beruht. Sondern die Bedürfnisse der Menschen, der Bürger*innen und der Beschäftigten in das Zentrum stellen. Wenn wir dem Ausverkauf und der Überwachung etwas entgegensetzen wollen, bedeutet das, dass z. B. unser Öffentlicher Dienst in Bund, Ländern und Kommunen mit entsprechendem qualifiziertem Personal ausgestattet sein muss.

Dazu gehört zudem, dass wir in Beruf und Gesellschaft dafür Sorge tragen, dass uns die Entscheidungshoheit nicht entgleitet und dass Prozesse mitbestimmbar und mitgestaltbar sind. Zum einen geht es also bei der Entscheidungshoheit um die Frage des Eigentums – in dem der Erhalt öffentlicher Infrastrukturen und Einrichtungen, als auch alternative Ansätze wie Genossenschaften, von zunehmender Relevanz sein werden.

Zum anderen wird in Zeiten von Big Data und Künstlicher Intelligenz die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von automatisierten Entscheidungsprozessen immer wichtiger. Sie ist die Voraussetzung für die Mitbestimmbarkeit und Mitgestaltbarkeit. Eine „Black-Box“ kann man weder demokratisch kontrollieren, noch auf sicherheitsrelevante Abläufe prüfen. Wer steuert wen? und, Wie können sich Geschäftsmodelle und (IT-) Infrastrukturen am Gemeinwohl orientieren? Betriebsräte, Personalräte und die Gewerkschaften stehen für diese konstruktive Debatte bereit.

Anrede,

wir sehen, das Gemeinwesen ist für unser aller zukünftiges Zusammenleben in Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit in unserer Wirtschafts- und Arbeitswelt höchst bedeutsam und somit eng mit unserem Thema in diesem Jahr zum KiWo-Gespräch [Digitale Transformation in der Arbeitswelt](#) verbunden.

...

.../...